

1118.**U n t r a g.**

Eingegangen am 15. Februar 1929.

In vielen Orten Sachsens halten die Händler zum Zwecke der Preistreiberei die Kohlen vom Verkauf zurück. So sind z. B. in der Stadt Pirna deswegen bereits Zwischenfälle vorgekommen. Die größten Gefahren drohen, wenn dem Notstand der Bevölkerung nicht sofort Abhilfe geschafft und der Preistreiberei Einhalt getan wird.

Der Landtag wolle daher beschließen:

die Regierung zu ersuchen,

1. eine Verordnung zu erlassen, die den Gemeinden das Recht gibt, in Fällen von Kohlennot der Bevölkerung, zum Zwecke einer direkten und gerechten Verteilung, Kohlen der Privathändler zu beschlagnahmen;
2. alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Zufuhr von Kohlen, besonders Braunkohlen, wenn nötig durch staatliche Kraftwagen, zu beschleunigen.

Dresden, den 15. Februar 1929.

Frau Bauer (Leipzig)

und 30 Mitglieder der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion.